

**Bürgerkrieg in Syrien  
Waffenruhe einhalten**

Außenminister Steinmeier hat die Konfliktparteien in Syrien dazu aufgerufen, die von den USA und Russland vereinbarte Waffenruhe einzuhalten. Die Menschen sehnten sich nach "nichts mehr als nach Frieden", sagte Steinmeier.

Die  
Bundesregierung

Die Zivilbevölkerung in Syrien hofft darauf, dass die Waffenruhe hält. Foto: *Getty Images/Anadolu Agency/Ibrahim Ebu Leys*

Hält die vereinbarte Waffenruhe für Syrien? Die USA und Russland hatten sich am Wochenende geeinigt. Dies sei nach fünfeinhalb Jahren Bürgerkrieg in Syrien "ein wirklicher Hoffnungsschimmer", erklärte Außenminister Frank-Walter Steinmeier in der Zeitung "Welt am Sonntag".

"Nur Einigkeit der großen Mächte verbunden mit dem wirklichen Willen, einmal getroffene Vereinbarungen dann auch mit großem Nachdruck und Entschlossenheit bei allen Akteuren durchzusetzen, kann ein Ende der Gewalt und eine politische Lösung für Syrien bringen", betonte Steinmeier.

**Waffenruhe ist "echte, neue Chance"**

Bereits am Samstag hatte Steinmeier auf die außerordentlich "komplizierte und verworrene" Lage in Syrien hingewiesen. Er forderte alle Konfliktparteien auf, die Waffenruhe einzuhalten und die Vereinbarungen umzusetzen. "Wenn es gelingt, den Waffenstillstand landesweit durchzusetzen, ist das eine echte, neue Chance für den so dringend benötigten humanitären Zugang zu Hunderttausenden Menschen in Not", so Steinmeier.

Die Menschen in Syrien sehnten sich nach "nichts mehr als nach Frieden", sagte der Außenminister. "Sie haben wahrlich eine Atempause verdient und brauchen dringlichst unsere Hilfe".

Dienstag, 13. September 2016

**Bürgerkrieg in Syrien**

**Waffenstillstand neu etablieren**

In seiner Rede vor der UN-Generalversammlung hat Außenminister Steinmeier erneut auf einen mehrtägigen Stopp militärischer Flugbewegungen gedrungen, um den Einstieg in eine Waffenruhe zu finden. Gelingt dies nicht, würden "alle Bemühungen um eine politische Lösung im Bombenhagel untergehen".



Ein Waffenstillstand ist Voraussetzung für die humanitäre Versorgung in Syrien. Foto: *Getty Images/Anadolu Agency/Emin Sansar*

Der Außenminister forderte die Syrer-Unterstützergruppe angesichts der ernststen Lage nachdrücklich auf, ihre Gespräche fortzusetzen: "Wieder stehen wir vor der Wahl: Gelingt es uns, den Einstieg in die Waffenruhe zu finden, die auch den humanitären Zugang endlich möglich macht, um den Menschen das zu bringen, was sie zum Überleben brauchen."

Assads Luftwaffe müsse ihre Angriffe stoppen, so Steinmeier, der dafür auch Russland in der Verantwortung sieht. Das Assad-Regime könne und dürfe die Zukunft Syriens nicht bestimmen. "Aber genauso wenig dürfen wir zulassen, dass der Konflikt von nahen oder fernen Mächten genutzt wird, um die politische und ethnische Landkarte des Mittleren Ostens neu zu zeichnen", betonte der Außenminister.

Angesichts menschlichen Leids stehe die Staatengemeinschaft in der Pflicht, jetzt zu helfen und die Not der Menschen zu lindern. Deutschland sei heute einer der größten humanitären Geber, führte Steinmeier aus, "für Syrien und die Nachbarstaaten haben wir bisher rund 2,5 Milliarden Euro in die Hand genommen." Gleichzeitig fördere Deutschland den Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt in Syriens Nachbarstaaten, damit die Menschen eine Bleibperspektive innerhalb ihrer Region sehen.

In Deutschland, wo im letzten Jahr mehr als eine Million Menschen Zuflucht fanden, würden Flüchtlinge mit den notwendigen Fähigkeiten ausgebildet, die zum Wiederaufbau der Städte erforderlich sind. "Damit der Glaube an eine Zukunft in der Heimat nicht Hoffnung bleibt, sondern Realität werden kann", erklärte der Außenminister.

**Abscheulicher Angriff auf Hilfskonvoi**

Die Bundesregierung hatte den Angriff auf einen UN-Hilfskonvoi in Syrien zuvor auf das Schärfste verurteilt. Die Waffenruhe sei unabdingbar für die vereinbarte humanitäre Versorgung der syrischen Bevölkerung. Russland und Iran seien in der Pflicht, zu einer Deeskalation der Lage beizutragen, hatte die stellvertretende Regierungssprecherin Ulrike Demmer in der Regierungspressekonferenz (21.09.) bekräftigt.

"Mit dem abscheulichen Angriff auf den Hilfskonvoi wurden ein weiteres Mal die bereitstehenden – und dringend benötigten - Lieferungen durch die Vereinten Nationen verhindert. Leidtragende sind die Menschen in den vom Widerstand kontrollierten Gebieten", sagte Demmer.

Sie bekräftigte, es könne keine militärische Lösung des Konflikts geben: "Die Parteien müssen sich in einem Verhandlungsprozess auf einen politischen Transitionsprozess einigen." Russland und Iran seien weiterhin in der Pflicht, auf das von ihnen unterstützte Regime effektiv einzuwirken.

Samstag, 24. September 2016

### *Waffenruhe in der Ostukraine*

#### **Erster Hoffnungsschimmer seit langem**

Außenminister Steinmeier hat die Waffenruhe in der Ostukraine als "Hoffnungsschimmer" bezeichnet. Ihm und seinem französischen Amtskollegen Ayrault hatte der ukrainische Präsident Poroschenko in Kiew versichert, die Vereinbarung einzuhalten. Auch die prorussischen Separatisten bekräftigten dies.



Deutschland engagiert sich mit seinen Partnern dafür, den Konflikt in der Ukraine mit politischen Mitteln beizulegen. Foto: *picture alliance/dpa/Mikhail Sokolov/TASS*

Auf einer Pressekonferenz in Kiew mit seinen französischen Amtskollegen Ayrault und dem ukrainischen Außenminister Klimkin nannte Steinmeier den Fortschritt bei der Umsetzung des Minsker Abkommens zunächst "eine Schnecke, und sogar eine ziemlich langsame". Stillstand und Stagnation seien aber kein Beitrag zu besserer Sicherheit.

Umso erfreulicher sei die nun vereinbarte Waffenruhe. "Wir sind froh und zufrieden darüber, dass auch Präsident Poroschenko zugesagt hat, dass die ukrainische Seite die Feuerpause einhalten wird", so der deutsche Außenminister am Mittwoch in Kiew. "Zum ersten Mal seit langem sehen wir wieder einen Hoffnungsschimmer."

#### **Gespräch mit Poroschenko**

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier ist gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen Jean-Marc Ayrault für einen zweitägigen Besuch in die Ukraine gereist. Im Mittelpunkt der Reise steht unter anderem die Lage im Osten des Landes. Diese war auch Kernthema eines Gesprächs mit Petro Poroschenko. Der ukrainische Präsident bestätigte, sich an die bereits Anfang September beschlossene und jetzt auch von den Separatisten unterstützte Waffenruhe halten zu wollen.

Die Waffenruhe war bereits Anfang September von der so genannten Trilateralen Kontaktgruppe beschlossen worden, der die Separatisten allerdings nicht angehören. Die Kampfätigkeit nahm daraufhin nicht so ab wie erhofft. Die prorussischen Separatisten kündigten am Dienstag an, die Waffen von Mitternacht des Folgetages an schweigen lassen zu wollen, woraufhin die russische Regierung die ukrainische Regierung aufforderte, ihrerseits alle Kampfhandlungen einzustellen.

**Lage vor Ort ruhig**

Am Mittwoch besuchten Steinmeier und Ayrault die OSZE-Beobachtermission in Kramatorsk in der Ostukraine und machten sich ein eigenes Bild von der Lage vor Ort. Sowohl Steinmeier als auch die örtlichen OSZE-Vertreter bestätigten, dass die Lage ruhig sei. Ob dies anhalten werde, werde von der Bereitschaft der Konfliktparteien abhängen, ergänzte der deutsche Außenminister.

Formal gilt im Osten der Ukraine bereits seit Februar 2015 eine Waffenruhe. Beide Seiten haben dagegen aber immer wieder verstoßen. Insgesamt gab es in dem Konflikt bereits etwa 10.000 Tote.

Deutschland engagiert sich gemeinsam mit seinen Partnern für eine friedliche Beilegung des Konflikts mit politischen Mitteln. Dies geschieht nicht zuletzt im so genannten Normandie-Format, in dem außer Deutschland Frankreich, die Ukraine und Russland vertreten sind. Die Bundesregierung leistet humanitäre Hilfe an die Menschen, die vom Konflikt betroffenen sind. Gleichzeitig und in Ergänzung internationaler Hilfsprogramme koordiniert das Auswärtige Amt einen umfassenden Aktionsplan der Bundesregierung zur Unterstützung der Reformen in der Ukraine. Die deutsche Förderung ist dabei an den politischen Willen der ukrainischen Führung gekoppelt, die notwendigen Reformen entschlossen umzusetzen.

Donnerstag, 15. September 2016

**Truppenflechtung in der Ukraine****Bundesregierung begrüßt Abkommen**

Vertreter Russlands, der Ukraine und der Separatisten haben sich am Mittwoch in Minsk auf ein Abkommen zur Truppenflechtung geeinigt. Das Abkommen ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Suche nach einer politischen Lösung für den Konflikt in der Ostukraine fortgesetzt werden kann.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier begrüßte am Mittwoch die Vereinbarung. "Ohne ein Schweigen der Waffen werden wir politisch nicht weiterkommen", sagte er in New York. Zugleich appellierte er an die Konfliktparteien: Ohne deren Willen, "sich an einmal getroffene Vereinbarungen zu halten, wird es auch jetzt keine Fortschritte geben."

Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier haben sich in den vergangenen Monaten in zahlreichen Gesprächen mit ihren Amtskollegen und anderen Beteiligten für eine Verbesserung der Situation eingesetzt.

**Bewaffnete Zwischenfälle reduzieren**

In dem Abkommen verpflichten sich die drei Seiten darauf, an drei Frontabschnitten die bewaffneten Einheiten zurückzuziehen. An diesen Frontabschnitten war es besonders häufig zum Bruch des bestehenden Waffenstillstandes gekommen. Ziel des Abkommens ist, das Risiko bewaffneter Zwischenfälle weiter zu senken.

**Politischen Prozesses fortsetzen**

Schon in den vergangenen drei Wochen war es zu einem deutlichen Rückgang der Zwischenfälle gekommen. Das Abkommen vom Mittwoch soll diesen Trend verstärken. Zugleich soll es die Voraussetzungen für die nächsten Schritte verbessern. Dazu gehören der ungehinderte Zugang für Beobachter der OSZE zu den drei Frontabschnitten und das Entfernen von Minen und Sprengfallen. Entscheidend wird aber vor allem sein, dass alle Beteiligten den politischen Willen dazu aufbringen, die Vereinbarungen auch umzusetzen.

Freitag, 23. September 2016

---

**IMPRESSUM**

ZEITUNG "ORENBURGER ALLGEMEINE". Reg. Nr. E-0145 „Mitglied im IMH-Netzwerk deutschsprachiger Auslandsmedien ([www.deutschsprachig.de](http://www.deutschsprachig.de))“

Chefredakteur: Andrej Tichomirow. Redaktion: Leonid Reisich.

E-Mail: [orenburgerallgemeine@narod.ru](mailto:orenburgerallgemeine@narod.ru) Website: <http://gazetavseti.narod.ru/orenburgerallgemeine.htm>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Textnachdruck nur gegen Copyright-Vermerk: Zeitung "Orenburger Allgemeine".

Bei der Deutschen Nationalbibliothek: <http://d-nb.info/1078366330>